

STELLUNGNAHME DES FINANZAUSSCHUSSES
zum Finanzbericht des Vizepräsidenten auf der Herbsttagung der Landesynode,
Hofgeismar, den 27. November 2007.

Sehr geehrte Frau Präses, werte Konsynodale,

ich danke Herrn Vizepräsidenten Dr. Knöppel ausdrücklich im Namen des Finanzausschusses für den vorgelegten, detaillierten Überblick über die Finanzen unserer Landeskirche.

Wir begrüßen die deutliche Feststellung heute hier vor der Synode ebenso wie die offensive Informationspolitik des Finanzdezernates in den letzten Wochen durch Anschreiben an die Kirchengemeinden, Pressemitteilungen des Landeskirchenamtes und Interviews – z.B. mit dem Kasseler Sonntagsblatt und der landeskirchlichen Medienagentur «medio».

EPD meldete am 6. November:

„Die Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck erwartet für das laufende Jahr bis zu acht Prozent mehr Kirchensteuereinnahmen.

Wie der Leitende Jurist der EKKW,

Vizepräsident Volker Knöppel, bekannt gab, könnten die kirchlichen Ausgaben aber dennoch nicht voll aus den Steuereinnahmen finanziert werden.

Der Sparkurs der EKKW müsse daher fortgesetzt werden.“

Wer diese oder ähnliche Verlautbarungen unseres Vizepräsidenten in den letzten Tagen zur Kenntnis genommen hat, dürfte über die Aussagen des Finanzberichts heute nicht erstaunt sein.

Der Finanzausschuss teilt die Auffassung, dass es trotz des kleinen Zwischenhochs keine Alternative dazu gibt, den begonnenen Weg der Konsolidierung weiterzugehen, wenn das Ziel, den Doppelhaushalt 2010/2011 ausgeglichen vorzulegen und Rücklagen und Fonds zu stabilisieren, erreicht werden soll.

Der eilige Zeitungsleser, der nur die Headlines zur Kenntnis nimmt, könnte jedoch zu einer anderen Auffassung kommen.

EPD meldete z.B. ebenfalls am 6. November von der EKD-Synode in Dresden:

„Kirche verzeichnet deutliche Mehreinnahmen“.

Und die Frankfurter Rundschau berichtete von der jüngsten Hessen-Nassauischen Synode:

Allein bei der Kirchensteuer verzeichnet die Landeskirche ein Plus von 26 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr. Im Etat für 2008 rechnet die Kirchenverwaltung (der EKHN) „mit den bislang höchsten Steuereinnahmen“.

Schließlich wird in der letzten Ausgabe von „Idea Spektrum“ Mitte November diesen Jahres unter der Überschrift „Gute Wirtschaftslage - Kirchensteuern sprudeln“ berichtet, dass die EKD im Durchschnitt im ersten Halbjahr 10 % mehr Kirchensteuer eingenommen hat. Es folgt dann in der Agenturmeldung die Auflistung aller Gliedkirchen der EKD. Die Zuwächse betragen zwischen 17,7 % in Berlin-Brandenburg-Schlesische Oberlausitz und einem Null-Zuwachs in Anhalt.

Kurhessen-Waldeck liegt mit 8,1 % Plus im letzten Drittel.

Offenbar unter dem Eindruck solcher Schlagzeilen und Meldungen, die nur Momentaufnahmen wiedergeben, kommentierte dieser Tage mir gegenüber ein aufgebracht, schwer von der Konsolidierungsnotwendigkeit zu überzeugender Anrufer: *“Die Wirtschaft boomt, aber der Vizepräsident malt düstere Wolken an den Horizont.“*

Ein bisschen genauer hinschauen muss man schon, - sowohl auf die Finanzlage der vergangenen Jahre wie auch auf die fiskalischen, wirtschaftlichen und vor allem demografischen Prognosen für die nächsten Jahre.

Der gehörte Finanzbericht macht deutlich, aus welchem tiefen Tal wir nur dank der immensen Entnahmen aus dem Steuerverwah immer noch versuchen unbeschadet herauszukommen und welche hohen, nachhaltigen Konsolidierungsziele wir uns mit synodaler Zustimmung gestellt haben. Die Jahre des über dem EKD-Durchschnitt liegenden Zuwachses bei den Kirchensteuern in Kurhessen-Waldeck sind längst vorbei.

Schließlich ist festzustellen, dass die Teilhabe der Kirchen am gesamtgesellschaftlich erwirtschafteten Reichtum rückläufig ist. Das Bruttosozialprodukt wuchs in unserem Land zwischen 1992 und 2005 um 22 %. Das Kirchensteuereinkommen lag dagegen im Vorjahr noch 16 Prozent unter den Einnahmen des Jahres 1992. In diesen dreizehn Jahren sind aber die Preise und Gehälter um mehr als 23 Prozent gestiegen.

Headlines alleine, so schön sie auch klingen, - und euphorische Momentaufnahmen sind also für die Finanzplanung nicht hilfreich.

Für die Fortsetzung des Sparkurses spricht außerdem zum einen die kirchliche Einnahmen möglicherweise belastende Einführung der Abgeltungssteuer auf Kapitalerträge ab 2009 im Zuge der Unternehmenssteuerreform und zum anderen vor allem die langfristige Mitgliederentwicklung.

Bei allen geschätzten und zu unterstützenden Projekten zur Mitgliedergewinnung dürfen wir nicht übersehen:

Kinder die in den letzten zwanzig, dreißig Jahren nicht geboren wurden, können auch keine Kinder, Enkel und Urenkel zur Taufe bringen! Diese demografische Herausforderung wird uns im Finanzausschuss und in dieser Synode bis hin zu den kleinsten Gemeinden unserer Landeskirche noch lange begleiten und sorgenvoll beschäftigen, - nicht nur mit Blick auf kirchliche Haushalte.

Liebe Schwestern und Brüder,
auch wenn die Mitglieder des Finanzausschusses gemeinsam mit Ihnen beklagen, dass keine auch noch so vorsichtige Entwarnung gegeben werden kann, auch wenn wir mit Ihnen darüber enttäuscht sind, dass wir die vor allem wegen des Wegfalls der eine zeitlang etwa 25 % des jährlichen Kirchensteueraufkommens unserer Landeskirche ausmachenden Clearingzahlungen bereits für den heute vorgelegten Doppelhaushalt gesteckten Ziele einer ersten Zuführung an den Kirchensteuerverwah, den Einstieg in einen dringend nötigen Beihilfefonds, die Aufstockung des segensreichen Kirchnerhaltungsfonds und eine Erhöhung der Baumittel zum Abbau der Vorabbindungen nicht erreicht haben,so sind wir doch zuversichtlich, dass uns die Konsolidierung am Ende des drittens Doppelhaushaltes, also im Jahre 2011 oder bald danach gelingt.

Ich gestehe, das verfolgt mich bis in den Schlaf hinein.Ich träumte in den letzten Nächten von der Haushaltssynode für den Doppelhaushalt 2012 und 2013. Und ich hörte im Schlaf, wie der Vizepräsidenten die Punktlandung verkündet und für die mittelfristige Finanzplanung Haushaltsüberschüsse prognostiziert, die unsere südhessische Schwesterkirche im Umfang von 45 Millionen Euro schon für das kommende Jahr einer Rückstellung zuführen kann.

Und ich vernahm, wie unser Bischof ähnliches aufgrund wieder möglicher Spielräume für Innovationen wie jüngst der bayerische Landesbischof Friedrich im Fernsehgottesdienst anlässlich des letzten Bußtages verkündete:

“die evangelische Landeskirche stellt eine Million Euro Investitionshilfe zu Verfügung, damit die Kirchengemeinden ihre Krippenplätze ausbauen können.“

Wenn wir uns anstrengen und auf dem eingeschlagenen Weg bleiben, muss das keine Traumvision bleiben.

Mit dem französischen Schriftsteller des 19. Jahrhunderts, Victor Hugo, bekenne ich:
“Ein Traum ist unerlässlich, wenn man die Zukunft gestalten will!“

Der eben erwähnte kritische Telefongesprächspartner aus den letzten Tagen konterte flapsig mit dem Zitat unseres Altbundeskanzlers Schmidt: „Wer Visionen hat, der soll zum Arzt gehen.“

Nein, unrealistisch sind die Mitglieder des Finanzausschusses nicht. Der Traum von der Sanierung unserer kirchlichen Haushalte und Schaffung neuer finanzieller Gestaltungsräume für Innovationen kann Wirklichkeit werden, wenn wir die Ausgaben den Einnahmen und der demografischen Entwicklung anpassen.

Sehr geehrte Damen und Herren,
unser Vizepräsident hat darauf hingewiesen, dass die Clearingrückstellung kurzfristig wieder so auszugestaltet ist, dass Rückforderungen quasi haushaltsneutral aufgebracht werden können.

Der Kirchensteuerverwahr ist zum Ende des Rechnungsjahres 2006 unter die geforderte Mindestgrenze von 35 % gefallen. Auch wenn es sich hier nur um eine geringfügige Unterschreitung handelt, zeigt dies deutlich, dass die Jahre 2004 bis 2006 gründlich an unserer finanziellen Substanz gezehrt haben.

Aus dieser Sorge heraus hat der Finanzausschuss nicht nur die vom Vizepräsidenten beschriebene schrittweise Anhebung der Mindesthöhe für den Steuerverwahr auf 37,5 % für 2008/2009 und auf 40 % für das Jahr 2010/2011 beschlossen, sondern mahnt dringend an, dass die tatsächliche Anfütterung weit über die Mindesthöhe hinausgehen muss, damit wir für zukünftige Herausforderungen gewappnet sind.

Deshalb appelliere ich in Namen des Finanzausschusses: Lassen Sie uns den Steuerverwahr in den nächsten Jahren auch auf die von der EKD als Maxime herausgegebene Forderung, nämlich die Anfütterung auf ein Jahresaufkommen, in sehr überschaubarer Zeit gerade aufgrund unseres zwischenzeitlichen Steuerhochs anfüttern. In absoluten Zahlen sprechen wir von ca. 130 Mio. €. Dies klingt extrem hoch. In Wirklichkeit handelt es sich aber nur um eine Zuführung von 62 Mio. €. Ich sage „nur“, weil wir 72 Mio. € in den letzten drei Jahren dem Steuerverwahr, der Clearing-Rücklage und den allgemeinen Rücklagen entnommen haben.

Wir haben außerdem die Aufgabe, Finanzierungsergänzungssysteme wie das freiwillige Kirchgeld zu entwickeln.

Und je stärker es uns zukünftig gelingt, nachhaltig wirkende Vermögensstöcke analog der Versorgungsrücklagen zur haushaltsentlastenden Finanzierung von Baumaßnahmen, Beihilfeverpflichtungen und wenn möglich auch für Innovationen zu bilden, um so weniger werden wir für konjunkturelle Schwankungen anfällig. Der Finanzausschuss hat diese Aufgabe in Erwartung stabiler Kirchensteuereinnahmen in den nächsten Jahren genau so auf der Tagesordnung wie die Sicherung der finanziellen Grundausstattung der Gemeinden unserer ländlich strukturierten Landeskirche.

Wir wissen uns dabei dem Synodenbeschluss verpflichtet, dass Kirchengemeinden selbständig bleiben, solange sie ihren Auftrag gemäß der Grundordnung wahrnehmen können. Die Größe von Kirchspielen bzw. Kirchengemeinden soll laut Beschluss dieser Synode so bemessen sein, dass sie mindestens eine volle Pfarrstelle tragen.

In den nächsten Monaten werden wir versuchen, dies zu definieren ohne städtische Gemeinden und Parochien in der Fläche mit ihren je besonderen Profilen, Angeboten, Personalausstattungen und Finanzierungsbedarf gegeneinander auszuspielen. Sowohl der ländliche Raum mit seinen kleinen Gemeinden als auch die Ballungsräume müssen mit ausreichenden Mitteln ausgestattet werden, wobei eine Orientierung an den geänderten kirchlichen, gesellschaftlichen und finanziellen Rahmenbedingungen unerlässlich ist.

Ich weiß: das kann im Einzelfall zum Alptraum werden. Nicht jeder Wunsch wird in Erfüllung gehen. Aber **Finanzplanung ist kein Wunschkonzert**.

Hohe Synode,
die Beziehungen zu Hessen-Nassauischen Kirche werden uns ja nun auf Dauer beschäftigen. Deshalb auch von mir noch einmal ein letzter Blick gen Süden. In dem bereits erwähnten Artikel der Frankfurter Rundschau vom 23. November wird der Präses der im Frankfurter Dominikanerkloster tagenden Landessynode Karl Heinrich Schäfer wie folgt zitiert:

„Egal, wie gut wir im Moment dastehen, wir müssen den Prozess fortsetzen“....

Denn es bleibt dabei, dass die Kirche wegen Überalterung Mitglieder verliert.

*"Vor 30 Jahren hatten wir 400 000 Mitglieder mehr,
aber 400 Pfarrer weniger."*

60 Millionen Euro Einsparungen im Haushalt erhofft sich die EKHN durch das Konsolidierungsprogramm "Perspektive 2025". ...

Das Konzept sieht unter anderem die Reduzierung des Gebäudebestandes vor.

25 von 1278 Kirchen, knapp die Hälfte der 965 Gemeindehäuser und 230 der 910 Pfarrhäuser sollen abgegeben werden

Auch wenn sich die Prognosen für Kurhessen-Waldeck und vor allem der Nachholbedarf nicht so dramatisch darstellen, ist die Handlungsnotwendigkeit doch identisch.

Oder um es mit Worten eines Oberlandeskirchenrates aus dem Haus unserer Kirche zu sagen:

*„Wir haben zu viel Personal,
zu viele Gebäude
und zu wenig Geld!“*

Wirtschaftliche Gebäudeunterhaltung durch flächendeckende Einführung des Gebäudemanagements, Ausbau des Kirchenerhaltungsfonds, Abbau des Baumittelantragsstaus sowie die Umsetzung des synodalen Beschlusses, den Gebäudebestand zu reduzieren, - all dies wird der Finanzausschuss ebenso mahndend in Erinnerung rufen wie die Einführung einer Personalkostenquote, die Einführung einer Aufgabenkritik und die gegebenenfalls erforderliche Anpassung der Kindertagesstättenbetriebsverträge.

Ich zitiere noch einmal aus dem EKD-Impulspapier „Kirche der Freiheit“:

“Angesichts der finanziellen Entwicklungen ... (muss) die Zahl der hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Kirche reduziert werden ... weil die Personalkosten den mit Abstand größten Kostenfaktor unter allen kirchlichen Ausgaben bilden“.

(„Kirche der Freiheit“, EKD Impulspapier 2006, S.60 f)

Dennoch spricht sich der Finanzausschuss sowohl den theologischen als auch den nichttheologischen Bereich betreffend für die Beibehaltung der Koppelung an den öffentlichen Dienst, insbesondere den Regelungen im Lande Hessen, aus.

Zurzeit wird intensiv, - für den Bereich der Pfarrstellen zusammen mit dem PEP-Ausschuss -, über gemeinsame Lösungen und Wege nachgedacht. Entsprechende Quoten und Korridore sollen entwickelt werden, die die pfarramtliche Versorgung und die Stellenperspektive des theologischen Nachwuchses sicherstellen, ohne dabei demografische und finanzielle Entwicklungen zu ignorieren.

Im Versorgungsbereich nimmt der Finanzausschuss die zurzeit gesicherte Finanzierung zur Kenntnis. Gleichzeitig ist es für uns selbstverständlich, dass wir auch für die zukünftigen Generationen sukzessive nachzuversichern haben.

Wie bereits erwähnt darf die Schaffung einer eigenen Rückstellung für Beihilfezwecke nicht auf die lange Bank geschoben werden. Der Finanzausschuss hat deshalb die Bildung einer Beihilferücklage in einer ersten Stufe in Höhe von 10 Mio. € in den nächsten fünf Jahren beschlossen hat.

Liebe Schwestern und Brüder, ich komme zum Schluss:

“Die Wirtschaft boomt, aber die Kirchenleitung und der Finanzausschuss malen düstere Wolken an den Horizont.“

Verzeihen Sie mir bitte, wenn ich leidenschaftlich sage:

Das stimmt!

Entwarnung kann angesichts der vorgelegten Haushaltspläne und Zukunftsprognosen nicht gegeben werden.

Haushaltskonsolidierung ist und bleibt ein Muss.

Aus diesen Gründen stellt sich der Finanzausschuss eindeutig hinter den beschlossenen Konsolidierungsplan.

Er hat deshalb dem 2. Nachtragshaushaltsplan 2007, dem Doppelhaushalt 2008/2009 mit Stellenplan, dem Finanzplan 2007 bis 2011, der mittelfristigen Finanzplanung für gesamtkirchliche Bauten 2008-2011 und den Sammlungsbeschlüssen für 2008 zugestimmt und unterstützt deshalb den Vorschlag des Rates, diesen Vorlagen auch durch die Synode die Zustimmung zu erteilen.

Schließen möchte ich mit einem herzlichen Dank an die Adresse des Landeskirchenamtes für die gute Zusammenarbeit.

Dekan Fritz-Eckhard Schmidt

Vorsitzender des Finanzausschusses der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck

